



# Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sollten die derzeitigen Planungen der Bundesregierung im Versorgungsstrukturgesetz umgesetzt werden, droht die Versorgung psychisch kranker Menschen schlechter zu werden. Nach der aus dem Jahr 1999 stammenden Bedarfsplanung besteht in nahezu allen Regionen in Baden-Württemberg Überversorgung, die berechtigten oder möglicherweise sogar verpflichten würde, dass Psychotherapeutenplätze nicht wieder besetzt werden können, d. h. wegfallen.

Die von uns verschickte Umfrage der Bundespsychotherapeutenkammer zu Wartezeiten auf eine psychotherapeutische Behandlung (s. u. ausführlich: Vortrag Fr. Tophoven) zeigt ebenso deutlich wie die der DPTV, dass Therapiesuchende schon jetzt wegen der nicht ausreichenden Anzahl von Therapieplätzen durchschnittlich mehr als drei Monate, d. h. viel zu lange auf ein Erstgespräch und eine Behandlung warten müssen – in der organmedizinischen Versorgung wäre dies ein Skandal!

Wir, alle Kammermitglieder sind aufgefordert, uns für den Erhalt und die Verbesserung der bisherigen Versorgung einzusetzen. Deshalb bitten wir alle, die Kontakte zu Abgeordneten des Bundestages haben, diese zu nutzen, um auf diese Entwicklung hinzuweisen. Auf der Homepage der Kammer finden Sie eine umfangreiche und differenzierte Darstellung der aktuellen Versorgungslage sowie eine Begründung der BPTK-Forderungen zur Berücksichtigung der Besonderheiten der Psychotherapie in der derzeitigen medizinischen Versorgung. Jeder kann diese Materialien nutzen, um sie an geeigneter Stelle vorzutragen.

Wir möchten an dieser Stelle nicht versäumen, dem vom Deutschen Psychotherapeutentag im Amt bestätigten Vorstand der BPTK zur Wiederwahl zu gratulieren und ihm für seine überzeugende Arbeit in den vergangenen vier Jahren zu danken. Der Präsident der LPK

BW, Dr. Dietrich Munz, wurde wieder mit großer Stimmenmehrheit zum Vizepräsidenten gewählt. Die Diskussion in Zusammenhang mit seiner Kandidatur ließ deutlich werden, dass die Belange der angestellten Psychotherapeuten in den Kammern noch mehr Beachtung und Unterstützung finden müssen. Hier sind kreative Ideen gefragt und wir würden uns über unterstützende Vorschläge unserer angestellten Kolleginnen und Kollegen freuen, um diese Arbeit im Land und auf Bundesebene weiter zu verbessern.

Für die kommende Sommerzeit wünschen wir Ihnen erholsame und schöne Tage,

Ihr Kammervorstand

*Dietrich Munz, Martin Klett,  
Kristiane Göpel, Birgitt Lackus-Reitter,  
Roland Straub*

## Vertreterversammlung

Am 09.04.2011 fand die Frühjahrsvertreterversammlung in Stuttgart statt. Neben dem Bericht des Vorstandes standen u. a. die Beteiligung am KV-Qualitätszirkelprojekt „Frühe Hilfen“, die Möglichkeiten der psychotherapeutischen Behandlung bei Menschen mit geistiger Behinderung, die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der LPK, einige Satzungsänderungen und Delegierten-Nachwahlen zum Deutschen Psychotherapeutentag sowie insbesondere die künftige Versorgung psychisch kranker Menschen im Kontext des geplanten Versorgungsgesetzes auf der Tagesord-

nung. Zu letzterem hatte der Vorstand die Geschäftsführerin der Bundespsychotherapeutenkammer, Dr. Christina Tophoven eingeladen.

### **Versorgung psychisch Kranker und Versorgungsgesetz**

In ihrem Referat stellte Frau Tophoven die aktuelle Versorgungssituation sowie Eckpunkte einer künftigen Planung der psychotherapeutischen Versorgung sowohl für den Bund als auch für Baden-Württemberg dar. Sie führte aus, dass nach der bestehenden Bedarfsplanungsrichtlinie ein Ver-

sorgungsgrad von 100% in Städten mit ca. 39, in ländlichen Gebieten mit ca. vier Psychotherapeuten auf 100.000 Einwohner erreicht sei. Dies stehe in deutlichem Kontrast zur epidemiologischen Forschung, nach der es keine oder nur deutlich geringere Unterschiede hinsichtlich der Prävalenz psychischer Erkrankungen zwischen städtischen und ländlichen Regionen gibt. Nur in zwei der zehn Planungsregionen (Kernstädte mit unterschiedlicher Verdichtung) gebe es eine annähernde Übereinstimmung zwischen Bedarf und tatsächlicher Versorgung. Darüber hinaus führe die

1999 mit der Einführung des Psychotherapeutengesetzes festgelegten Bedarfswahlen die seinerzeit schon bestehende Unterversorgung in vielen Gebieten zu langen Wartezeiten. In der kürzlich von der BPTK durchgeführten Umfrage zur Wartezeit auf psychotherapeutische Erstgespräche und Behandlung in der ambulanten Versorgung wurde, wie auch bei einer Verbandsumfrage (DPtV) deutlich, dass bundesweit z. T. erhebliche Wartezeiten bestehen (Erstgespräch ca. 13, Behandlungsbeginn ca. 23 Wochen). Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene seien, wie Dr. Tophoven ausführte, weitere Aktivitäten erforderlich, um eine gute Versorgung psychisch kranker Menschen sicher zu stellen. Nach den derzeitigen Planungen des Bundesgesundheitsministeriums zum neuen Versorgungsgesetz würde sich die Versorgung psychisch kranker Menschen massiv verschlechtern. Hier käme es auf das Engagement der Psychotherapeuten an, dieses zu verhindern. Die Bundespsychotherapeutenkammer habe einen Neun-Punkte-Katalog aufgestellt, der insbesondere auf eine Neustrukturierung und -berechnung der Bedarfsplanung auf angemessener Datengrundlage (Morbidität, Prävalenz psychischer Erkrankungen) abzielt. Grundsätzliches Ziel müsse sein, die bereits aktuell bestehende **Unterversorgung** in der ambulanten Psychotherapie zu beseitigen.



**Dr. Christina Tophoven**

Die LPK BW hatte bereits im Oktober vergangenen Jahres in einem Schreiben an das Sozialministerium im Vorfeld der Sonderkonferenz der Landesgesundheitsminister zur Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung auf die Versorgungsmängel bezüglich der psychotherapeutischen Versorgung hingewiesen. Dies wurde auch in Gesprächen mit dem Sozialministerium unterstrichen.

In Gesprächen mit den aus Baden-Württemberg stammenden Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Bundestages (Bender, Maag, Mattheis) soll dies weiter vertieft werden. Auf der Homepage der Kammer werden die Versorgungsanalysen und die Forderungen der LPK und BPTK noch ausführlich dargestellt.

### **Modell-Projekt „Frühe Hilfen“ der Kassenärztlichen Vereinigung BW**

Ulrich Böttinger, stellvertretender Vorsitzender des LPK-Ausschusses Psychotherapie in Institutionen sowie Vorstandsbeauftragter bezüglich „Frühe Hilfen“, berichtete über den aktuellen Stand des gleichnamigen Modellprojekts der KV Baden-Württemberg und des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH). Die KV unterstützt in diesem Projekt die Bildung von Qualitätszirkeln (QZ) zur Verbesserung der Vernetzung zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe. Es werden Moderatoren für diese speziellen QZ ausgebildet und eine begleitende Dokumentation über das Projekt angefertigt. Bei den Frühen Hilfen handelt es sich um i. d. R. präventive Ansätze zu frühestmöglicher Unterstützung von werdenden Eltern und von Kindern im Alter von 0-3 Jahren mit den Zielen eines gesunden Aufwachsens der Kinder, der Stärkung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenz (Bindungsstärkung, Feinfühligkeit), der Vermeidung ungünstiger Entwicklungsverläufe sowie des frühzeitigen Erkennens und möglichst des Vermeidens von Kindeswohlgefährdungen im Vorfeld. Dazu seien, wie Böttinger ausführte, bereits in zahlreichen Kommunen örtliche Netzwerke aus den Bereichen Jugendhilfe und Gesundheitswesen (sowie weiterer Partner z. B. Behindertenhilfe etc.) sowie für die Qualitätszirkel eine übergeordnete Projektsteuerungsgruppe gebildet worden. Die LPK werde in letzterer von Ulrich Böttinger als Experten der Frühen Hilfen und Leiter eines der bundesweit größten und am weitesten entwickelten Projekte (Frühe Hilfen im Ortenaukreis) sowie (für die Verbände der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten) Michaela Willhauck-Fojkar und Uwe Keller vertreten.

Das Projekt soll zunächst in 15 Kommunen (Landkreise, kreisfreie Städte) durchgeführt werden. Insgesamt sei ein sinnvoller und

auch Erfolg versprechender Weg des verstärkten Einbezugs der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitswesens in die Frühen Hilfen besprochen worden. Nun müssten die regionalen Umsetzungen dieses Ansatzes abgewartet und ausgewertet werden. Böttinger betonte, dass KJP und PP in den Frühen Hilfen sowohl im Bereich angestellter Tätigkeit in Kliniken und Beratungsstellen als auch als niedergelassene Kollegen eine relevante und fachlich in besonderer Weise geforderte Berufsgruppe seien. Die Profession insgesamt habe hier ein hohes, bisher weitgehend ungenutztes Profilierungspotential, auch in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung. Böttinger kritisierte allerdings, dass das Thema Frühe Hilfen in der niedergelassenen Psychotherapeutenchaft noch zu wenig verankert sei und erst nach und nach als wichtiges Arbeitsfeld erkannt werde. Sowohl in der Steuerungsgruppe als auch von den Netzwerkpartnern und -förderern werde die LPK sowie die Psychotherapeutenchaft insgesamt als kompetenter und zunehmend wichtiger Partner wahrgenommen und wertgeschätzt. – Bitte heute schon vormerken: Voraussichtlich am **23. Juni 2012** veranstaltet die LPK BW einen Landespsychotherapeutentag zum Thema „Frühe Hilfen“.

### **Voraussetzungen für die Psychotherapeutenausbildung**

Wie Dr. Dietrich Munz im Rahmen des Berichts des Kammervorstandes ausführte, steht das Sozialministerium den Vorschlägen der BPTK/LKP BW bezüglich des Masterabschlusses als Zugangsvoraussetzung für die Psychotherapieausbildung positiv gegenüber. Demgegenüber erachte das Wissenschaftsministerium, wie aus einem Antwortschreiben zu einer Kammeranfrage hervorgeht, derzeit einen Bachelorabschluss für die KJP-Ausbildung als ausreichend. Weiterhin sehe es derzeit keine Notwendigkeit für ein Gespräch über Engpässe in Studiengängen, die zur Psychotherapeutenausbildung qualifizieren, wie es ebenfalls von der LPK auf der Grundlage eigener Prognosen (vgl. Nübling, Schmidt & Munz, PTJ 1/2010) angeregt wurde. Das Wissenschaftsministerium wolle die Ergebnisse der Reform der Psychotherapeutenausbildung abwarten, um dann die Umsetzung unter Einbeziehung der LPK zu planen.

In einer weiteren Initiative zu diesem Themenkreis hatte die Kammer Professorinnen und Professoren für Psychologie als Vertreter der Fachhochschulen für Pädagogik/Sozialpädagogik eingeladen, um die Anerkennung ihrer Studienabschlüsse als Voraussetzung für die Psychotherapeutenausbildung zu diskutieren. Die in dem Gespräch anwesenden Hochschulvertreter verdeutlichten, dass sie bestrebt sind, im Studium an den Fachhochschulen dem Fach Psychologie einen breiteren Raum zu verschaffen. Zu den Plänen der BPtK und den dort festgelegten Zugangsvoraussetzungen wurde angemerkt, dass diese nicht an allen Fachhochschulen umsetzbar seien, jedoch auch nicht überall das Interesse bestehe, die Studierenden auf die Ausbildung zum Psychotherapeuten vorzubereiten. Andererseits wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass es vorstellbar sei, Studiengänge mit einem vertiefenden klinischen Schwerpunkt einzurichten. Es wurde vereinbart, die Gespräche fortzusetzen.

### **Zusammenarbeit Sozialministerium**

Wie Dr. Munz weiter berichtete, verfolgen Dr. Roland Straub und Marianne Lücking als Mitglieder des vom Sozialministerium berufenen Schmerzbeirates die Aufgabe, psychotherapeutische und psychosoziale Gesichtspunkte im geplanten Schmerzratgeber und in der Fortschreibung bzw. Aktualisierung der Schmerzkonzeption aus dem Jahr 2000 einzubringen. In den bisherigen Aktivitäten konnte zwar erreicht werden, dass die psychotherapeutische Diagnostik und Behandlung in die Schmerztherapie integriert wurde, nicht aber, dass die Mitarbeit von Psychotherapeuten in den Schmerzzentren zum Standard wurde.

Wie im Vorstandsbericht weiter ausgeführt wurde, steht nach Auskunft des Sozialministeriums voraussichtlich 2011 eine Novellierung des Heilberufekammergesetzes an. Die Heilberufekammern seien gebeten worden, die aus ihrer Sicht erforderlichen Gesetzesänderungen einzubringen. Die Präsidenten, Geschäftsführer und Juristen der Heilberufekammern hätten hierzu einen Konsensentwurf erarbeitet. Wesentlicher Konsens bestehe darin, dass den Kammern die Erteilung der Approbation durch das Landesprüfungsamt auf dem

Amtsweg mitgeteilt werden soll, um sicher zu stellen, dass Neuapprobierte Mitglied der Kammern werden und sich damit der Berufsaufsicht stellen. Die LPK BW habe zudem die Einrichtung einer Ethikkommission für den Bereich der Psychotherapie vorgeschlagen, um außeruniversitäre Forschungsprojekte mit psychotherapeutischen Fragestellungen beraten und prüfen zu können. Die Notwendigkeit begründe sich, so Kammerpräsident Munz, in den zunehmenden Aktivitäten der Einrichtung von internetgestützten Beratungs- und Behandlungsangeboten für psychisch kranke Menschen durch Privatanbieter.



*Blick ins VV-Plenum*

### **LPK-Beschwerdemanagement**

Nachdem die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) die Zusammenarbeit mit der LPK Ende 2010 nach einem halbjährigen Pilotprojekt gekündigt hatte, hat die Kammer kurzfristig und als Übergangslösung eine Telefonberatung mit dem Umfang von zwei Stunden pro Woche eingerichtet, die von Herrn S. Schmieder auch anonym durchgeführt wird (näheres dazu auf [www.lpk-bw.de](http://www.lpk-bw.de) unter Patienten/Patientenberatung). Nachdem zwischenzeitlich die weitere Finanzierung der UPD durch die bisherigen Kostenträger sichergestellt worden sei, seien die Gespräche über eine Fortführung der Zusammenarbeit wieder aufgenommen worden. Über die weitere Entwicklung wird auf der Kammerhomepage berichtet werden.

### **Neuapprobierte und Berufsanfänger**

In einer weiteren Initiative hatte die LPK BW alle in den letzten zwei Jahren neu approbierten Kammermitglieder zu einer Informationsveranstaltung über die Kammer und deren Aufgaben eingeladen. In der Diskussion machten die etwa 40 Teilnehmer ihr großes Interesse an der Kammerarbeit deutlich. Viele Fragen bezogen sich

auf das Themenfeld Praxisgründung und mögliche Formen der Kassenzulassung bzw. Übernahme von Kassenpsychotherapeutenpraxen. Mehrfach wurde auch in den Kammergremien die Situation der neu approbierten Kolleginnen und Kollegen diskutiert. Um die berufliche und soziale Situation nach der Approbation genauer zu kennen, führte die LPK-BW in Abstimmung mit anderen Landeskammern eine Umfrage unter den in den letzten zwei Jahren approbierten PsychotherapeutInnen durch. Neben soziodemographischen Daten wurden Fragen zur absolvierten Ausbildung, zur Berufstätigkeit vor und nach der Approbation und zur Zufriedenheit mit der Ausbildung und der aktuellen Situation erhoben. Über die Ergebnisse werden wir Sie demnächst unterrichten.

### **Datenschutz/Schweigepflicht**

In Kooperation mit der Landesärztekammer wurde von den Juristen und Geschäftsführern beider Kammern eine Broschüre zur Schweigepflicht und Datenschutz von Ärzten und Psychotherapeuten erstellt. Sie ist über die Homepage der Kammer unter [http://www.lpk-bw.de/archiv/news2011/pdf/110329\\_leitfaden\\_schweigepflicht\\_und\\_datenschutz.pdf](http://www.lpk-bw.de/archiv/news2011/pdf/110329_leitfaden_schweigepflicht_und_datenschutz.pdf) erhältlich. Ergänzend wurde eine Publikation zur EDV in Praxen bereitgestellt.

### **Titelschutz Psychotherapeut(in)**

Wiederholt erreichten die Kammer Anfragen sowohl von Mitgliedern sowie auch von HeilpraktikerInnen (HP) bzgl. der korrekten Berufsbezeichnung von psychotherapeutisch arbeitenden HP. Die Kammer hat hierzu ein Merkblatt zu möglichen Bezeichnungen erarbeitet und auf der Homepage veröffentlicht, in dem auch auf die rechtlichen Implikationen hingewiesen wird. Mehrfach ist die Kammer Hinweisen auf falsche Berufsbezeichnungen nachgegangen und hat HP ermahnt, ihre Berufsbezeichnung auf ihrer Homepage oder im Briefkopf entsprechend zu ändern.

Auch hinsichtlich unkorrekter Telefonbucheinträge wurde die LPK aktiv. Nachdem die Verhandlungen mit zwei Telefonbuchverlagen im Mai 2010 über die Eintragung von PP und KJP im Branchenverzeichnis wenig erfolgreich waren, wurden zwischenzeit-

lich erneut Gespräche mit den Verlagen aufgenommen. Auch die Abgrenzung von den Ärzten stellt ein Problem dar, für das wir eine Lösung suchen. Mit einem Verlagskoordinator konnte zwischenzeitlich eine konstruktive Zusammenarbeit erreicht und als Vorschlag erarbeitet werden, dass künftig die Einträge vor Drucklegung mit dem Mitgliederverzeichnis der LPK abgeglichen werden.

### Fortbildungskalender online

Das Referat Fortbildung stellt über die Homepage die zur Veröffentlichung freigegebenen anstehenden Fortbildungsveranstaltungen (Fortbildungskalender) als Download zur Verfügung.

### AG Standortfaktor Gesundheit

Zu den Aktivitäten der LPK im Rahmen der Projektgruppen der vom Sozialministerium AG berichtete in der VV Dr. Roland Straub. Aus Platzgründen müssen wir Sie hier auf

die ausführlichen Darstellungen im Newsletter sowie auf der Homepage verweisen.

### Psychotherapie für Menschen mit geistiger Behinderung

Auf Initiative des VPP hat die VV einen Antrag zur Verbesserung der defizitären therapeutischen Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung mit Psychotherapie einstimmig angenommen. Hierzu gehört auch eine Aufnahme dieses Themas in die Psychotherapieausbildung. Die Initiative soll auch andere Bundesländer motivieren, sich mit diesem bisher zu wenig beachteten Thema auseinanderzusetzen. Menschen mit geistiger Behinderung leiden drei bis vier Mal häufiger an psychischen Störungen als nicht behinderte Menschen. Zudem haben sie ein hohes Risiko, traumatische Belastungen wie Misshandlung oder sexuellen Missbrauch zu erfahren. Besonders problematisch wirkt sich aus, dass meist gar keine entsprechend qualifizierten TherapeutInnen zur Verfügung

stehen. In Baden-Württemberg seien trotz intensiver Suche kaum niedergelassene PsychotherapeutInnen bereit, eine Therapie mit Menschen mit geistiger Behinderung zu übernehmen und hierfür einen Therapieplatz vorzuhalten.

### Presse/Öffentlichkeitsarbeit

Sehr breit diskutiert wurde im Rahmen der VV ausgehend von einem Vortrag des zuständigen Referenten Dr. Rüdiger Nübling auch der aktuelle Stand sowie die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der LPK. Übereinstimmung bestand darin, dass mit den vorhandenen personellen Ressourcen ein überaus umfangreiches Themenfeld abgedeckt wurde. Gleichzeitig wurden die Grenzen deutlich v. a. in Richtung professioneller Pressearbeit, für die aus Sicht des Referates zusätzliche Ressourcen (z. B. im Sinne eines Journalisten) zwingend notwendig werden. Für die Herbst-VV wird hierzu eine Konzeption vorgelegt werden.

## Zehn Jahre Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg: Landespsychotherapeutentag „Zukunft der Psychotherapie – Psychotherapie der Zukunft“

Wir möchten Sie an dieser Stelle noch einmal auf den diesjährigen Landespsychotherapeutentag am Samstag, den 9. Juli 2011 in Stuttgart aufmerksam machen. In den Vorträgen soll die „Zukunft der Psychotherapie – Psychotherapie der Zukunft“ beleuchtet werden. Hierzu konnten wir namhafte Referenten gewinnen, die auf der Basis der aktuellen Forschung Gedanken, Ideen und Visionen zur weiteren Entwicklung der Psychotherapie im Kontext gesamtgesellschaftlicher Prozesse zur Diskussion stellen werden (vgl. Kasten). Die neue Sozialministerin, Katrin Altpeter, wird das Grußwort sprechen. Wir würden uns sehr freuen, Sie am 9. Juli in Stuttgart begrüßen zu dürfen. Die Anmeldeunterlagen können Sie auf [www.lpk-bw.de](http://www.lpk-bw.de) unter „LP-Tag 2011“ herunterladen.

## Termine

### Vertreterversammlungen der LPK-BW

Die nächsten Termine für die Vertreterversammlungen der LPK BW wurden wie folgt festgelegt:

Freitag/Samstag, den 21./22.10.2011 sowie Samstag, den 24.03.2012.

### PROGRAMM

#### Landespsychotherapeutentag 2011

#### „Zukunft der Psychotherapie – Psychotherapie der Zukunft“

Samstag, 09.07.2011 – Haus der Wirtschaft, 70174 Stuttgart, Willy-Bleicher-Str. 19

10.00	<b>Begrüßung – Eröffnung</b> <i>Dr. Dietrich Munz, Präsident der LPK Baden-Württemberg</i>
10.20	<b>Grußwort</b> Katrin Altpeter, MdL, Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren BW
10.45	<b>Gesundheitsökonomische Bedeutung von Psychotherapie – Zur Effektivität und Effizienz ambulanter Psychotherapie</b> <i>Prof. Dr. Werner W. Wittmann, Universität Mannheim</i>
11.15	<b>Psychotherapeutische Versorgung aktuell und in Zukunft</b> <i>Prof. Dr. Dr. Uwe Koch, UKE Hamburg-Eppendorf</i>
11.45	<b>Mittagspause</b>
13.30	<b>Verwirklichungschancen für Kinder und Jugendliche in einer globalisierten Welt und wie sie gefördert werden können</b> <i>Prof. Dr. Heiner Keupp, Ludwig-Maximilians-Universität München</i>
14.00	<b>Psychotherapie in 5, 10 und 20 Jahren: Wie viel Entwicklung ist voraussagbar und wie könnte sie aussehen? – Perspektive eines Psychodynamikers</b> <i>Prof. Dr. Dr. Horst Kächele, International Psychoanalytic University Berlin</i>
14.30	<b>Kaffeepause</b>
15.00	<b>Psychotherapie in 5, 10 und 20 Jahren: Wie viel Entwicklung ist voraussagbar und wie könnte sie aussehen? – Perspektive eines integrativen Psychotherapeuten</b> <i>Prof. Dr. Franz Caspar, Universität Bern</i>
15:30	<b>Abschlussdiskussion: Podium + Plenum</b>
ca. 17.30	<b>Ende</b>

### Geschäftsstelle

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart  
Mo – Do 9.00 – 12.00, 13.00 – 15.30 Uhr  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr  
Tel. 0711 / 674470 – 0  
Fax 0711 / 674470 – 15  
[info@lpk-bw.de](mailto:info@lpk-bw.de); [www.lpk-bw.de](http://www.lpk-bw.de)